

## **Attraktive ländliche Räume in Sachsen**

### **Dem Trend etwas entgegenstellen**

Während die Großstädte prosperieren, haben viele ländliche Regionen ohne Frage mit den Auswirkungen von Abwanderung und Alterung zu kämpfen. Statt sich mit dem Schrumpfen abzufinden, ist es Aufgabe von Politik, dem Trend etwas entgegenzustellen und ländliche Räume attraktiver zu machen. Politik muss die Rahmenbedingungen so setzen, dass sich die Lebensverhältnisse in den Regionen nicht weiter auseinanderentwickeln. Doch die falsche Politik der Sächsischen Staatsregierung verstärkt diesen Trend seit Jahren. Ob im Nahverkehr oder bei der Polizei, in vielen Bereichen wurde nur abgebaut.

Wir GRÜNE werden es nicht zulassen, dass eine Kluft zwischen Metropolen und ländlichen Regionen wächst – gleichwertige Lebensverhältnisse sind für uns kein Textbaustein für Sonntagsreden, sondern der Auftrag zum politischen Handeln! Ländliche Regionen und seine Menschen sind für uns keine politische Restgröße. Über die Hälfte der sächsischen Bevölkerung lebt in ländlichen Gebieten. Ländliche Räume in Sachsen sind lebenswert, die Menschen leben dort gerne und identifizieren sich mit ihrer Heimat. Sie bieten für „stadtmüde“ Menschen, die die Nähe zu Natur schätzen und alternative Lebensentwürfe verwirklichen wollen, eine neue Heimat. Ländliche Räume gewährleisten auch wichtige Erholungs- sowie Ökosystemleistungen für urbane Zentren. Wir wollen uns darum kümmern, dass das so bleibt!

Neben den Rahmenbedingungen im Bereich der Daseinsvorsorge braucht es Instrumente, die Attraktivität der ländlichen Regionen zu stärken. Dafür haben wir GRÜNE Ideen.

Gute Schulen, Kitas und Arbeitsplätze können auch die Regionen beleben, die heute mehr und mehr verwaisen. Damit der Fachkräftenachwuchs auf hochwertige Arbeits- und Ausbildungsplätze trifft, wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe in Schwung bringen. So bleibt die Wertschöpfung in der Region. Denn Mittelstand, Handwerk und Betriebe bäuerlicher Landwirtschaft sind der Kern nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung in den Regionen.

Die Digitalisierung hat das Potential, das Leben in Schrumpfungregionen grundlegend zu verändern

und bestehende Versorgungslücken zu schließen. Mit schnellem Internet als Teil der Daseinsvorsorge wollen wir die digitale Kluft zwischen Stadt und Land schließen.

Der dezentrale Ausbau der Erneuerbaren Energien ist ein sinnvoller Weg, um strukturschwache Regionen zu stärken und Menschen in die regionale Entwicklung einzubinden. Deshalb wollen wir die Energiewende in Bürgerhand voranbringen.

Wir wollen Wohnen und Leben im ländlichen Raum attraktiver machen, damit die Stärken ländlicher Wohnungen zur Geltung kommen können. Dazu zählen günstige Preise, naturnahe Wohnlagen in sauberer Umwelt, historisch wertvolle Baubestände, Möglichkeiten dezentraler Energieerzeugung und nicht zuletzt gewachsene Nachbarschafts- und Dorfgemeinschaften, die für viele Menschen wichtig sind.

Damit Menschen auch im Alter in ihren vertrauten vier Wänden leben können, damit Familien ausreichend versorgt sind und damit alle im Notfall schnell Hilfe erhalten, wollen wir das Netz von Gesundheit und Pflege verbessern. Ärzte und Krankenhäuser müssen erreichbar sein. Deshalb wollen wir die „Gesundheitsversorgung aus einer Hand“ stärken.

Wir machen uns dafür stark, dass die Menschen vor Ort mehr mitentscheiden können. Das stärkt den Gemeinsinn und den Zusammenhalt in der Region. Wir wollen Selbstorganisation fördern statt behindern.

Wir stehen für ein lebendiges Miteinander aller Generationen. Daher muss allen Menschen, Zugezogenen wie Alteingesessenen, kulturelle, politische und gesellschaftliche Teilhabe möglich sein.

Damit ländliche Regionen attraktiv für Einwanderung bleiben, braucht es eine einladende, weltoffene und vielfältige Atmosphäre. Rassismus, Rechtsextremismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit treten wir entgegen.

Sollen ländliche Regionen attraktiver werden, brauchen Städte und Dörfer eine angemessene finanzielle Ausstattung, um ihre Aufgaben zu bewältigen. Wir wollen deshalb die Kommunen strukturell besserstellen.

Uns ist bewusst: Es gibt nicht DEN ländlichen Raum. Notwendig sind regional angepasste Lösungen. Deshalb arbeiten wir an spezifischen Regionalkonzepten, die die Leerstellen konservativer Regionalpolitik schließen. Bereits im letzten Jahr haben wir das grüne Lausitzkonzept „*Perspektiven für die Lausitz nach der Kohle - Impulse für den Strukturwandel einer Region*“ beschlossen. Wir haben Ideen für eine aktive Gestaltung des Strukturwandels entwickelt. Weitere Regionalkonzepte werden folgen; am grünen Erzgebirgskonzept wird bereits intensiv gearbeitet.

## 1. Gutes Leben in ländlichen Räumen

In Sachsens Ballungsräumen herrscht Wohnraumnot, im ländlichen Raum hingegen Leerstand. Dieser Widerspruch resultiert aus der demografischen Entwicklung im Freistaat, vor allem aber aus der Unfähigkeit der CDU-geführten Regierungen seit 1990, Antworten auf den demografischen Wandel und die damit einhergehende Landflucht zu finden. Für uns GRÜNE ist klar: Sachsens doppeltes Wohnraumproblem lässt sich nicht allein durch die einseitige Förderung städtischen Wohnungsbaus und den gleichzeitigen Abriss leerstehender ländlicher Wohnungsbestände lösen. Vielmehr wollen wir ländliches Wohneigentum als Alternative zu Wohn- und Lebensformen in Sachsens Groß- und Mittelstädten gezielt unterstützen und mit geeigneten Maßnahmen fördern. Ob zur Miete oder im Eigentum, ob für junge Menschen, Familien oder Senioren: Unser Ziel ist es, Wohnen und Leben im ländlichen Raum attraktiver zu machen, damit die spezifischen Stärken ländlicher Wohnungen zur Geltung kommen können. Dazu zählen günstige Preise, naturnahe Wohnlagen in sauberer Umwelt, historisch wertvolle Baubestände, Möglichkeiten dezentraler Energieerzeugung und nicht zuletzt gewachsene Nachbarschafts- und Dorfgemeinschaften, die für viele Menschen wichtig sind.

Die sächsische Staatsregierung hat sich in den letzten zwei Dekaden damit begnügt, den strukturellen Wandel der ländlichen Räume wohnungspolitisch nachzuvollziehen und dadurch weiter zu verstärken. Dies geschieht zum Leidwesen der Menschen, die dem ländlichen Raum nicht den Rücken kehren wollen, aber auch zulasten historischer Baubestände und baulich intakter Ortschaften, in denen Politik mit der Abrissbirne gemacht wurde. Wir wollen eine andere Politik, die Sachsens ländliche Regionen als Wohn- und Lebensorte nicht aufgibt, sondern ihre Potenziale gezielt entwickelt.

### GRÜNE Maßnahmen

- **Nachhaltige ländliche Wohnraumförderung statt kurzfristiger Abrisspolitik:** Neue Nutzungsformen steigern die Attraktivität des ländlichen Raums. Unkonventionelle und temporäre Wohnmodelle wie Wächterhäuser, Ein-Haus-Genossenschaften und Mehrgenerationenhäuser, die zum Erhalt sonst leerstehender Häuser beitragen, wollen wir deswegen finanziell und durch verbesserte Rahmenbedingungen fördern. Eine weitere Möglichkeit ist die Übertragung oder die Verpachtung geeigneter gemeindeeigener, leerstehender Gebäude an Familien mit Kindern sowie an gemeinnützige Vereine und Institutionen (Kinder-, Jugend-, Sozialvereine etc.) unter klaren Auflagen. Bei diesen Ansätzen gilt für uns das Prinzip „Innenentwicklung statt Außenentwicklung“: So kann dem Leerstand in den Ortszentren entgegengewirkt und gleichzeitig der Flächenverbrauch durch Neubauten reduziert werden.

- **Starke Ortskerne für attraktive Orte:** Sachsen braucht ein Baulückenkataster aller kommunalen Grundstücke und eine Erfassung leerstehende Gebäude mit Nutzungspotenzial. Neue Baugebiete dürfen nur nach einer obligatorischen Kosten-Nutzen-Rechnung unter Berücksichtigung der Effekte auf die Versorgung des Baugebiets und der ganzen Kommune genehmigt werden. Wo eine dauerhafte Grundversorgung nicht wirtschaftlich ist, bedarf es flexibler Modelle, die auch mobile Versorgungsleistungen im Einzelhandel, bei Behörden und Banken umfassen können.
- **Kommunen beim Umgang mit Leerstand unterstützen:** Einem zielgerichteten lösungsorientierten Umgang mit Leerstand und Brachen gerade in den Kleinstadtzentren stehen in Sachsen oftmals überforderte kommunale Verwaltungen und ein Mangel an Kooperation und Kommunikation auf interkommunaler Ebene im Weg. Wir schlagen ein Landesprogramm vor, dass die Kommunen aufsuchend unterstützt bei den Themen: Wissenstransfer und Beratung, Vorstellung innovativer kommunaler und interkommunaler Projekte und Ideen, Zusammenführung von Baugemeinschaften, Zusammenführung Interessierter für temporäre Zwischennutzung schwieriger innerstädtischer Grundstücke und Immobilien nach dem Vorbild der Wächterhäuser, aufsuchende Beratung im Antrags- und Abwicklungsmodus der verschiedenen Bundes-, Landes- und EU-Programme.
- **Altersgerechtes und barrierefreies Wohnen auf dem Land erleichtern:** Wer sein Leben auf dem Land verbracht hat, soll auch in hohen Jahren die Möglichkeit haben, möglichst lange selbstbestimmt und unabhängig zu wohnen. Da die Zahl älterer Menschen auf absehbare Zeit zunimmt, braucht auch der ländliche Raum ausreichend Wohnungen und Quartiere, die Senioren und mobilitätseingeschränkten Personen ein hohes Maß an Bewegungsfreiheit ermöglichen. Wir wollen mit einem Landesprogramm generationengerechte, barrierefreie Quartiere in Sachsen fördern. Der Freistaat soll konkrete Maßnahmen und Projekte von Gemeinden im ländlichen und städtischen Raum finanziell unterstützen, die es älteren Menschen und Menschen mit Behinderung ermöglichen, im vertrauten Wohnumfeld leben zu bleiben.
- **Sächsischen Denkmalschutz auf solide Finanzgrundlage stellen:** In Sachsen sind seit dem Jahr 2000 knapp 5.000 Kulturdenkmale unwiederbringlich abgerissen worden. Die unteren Denkmalschutzbehörden in den Kommunen und Landkreisen sind personell unterbesetzt und arbeiten am Rande ihrer Leistungsfähigkeit. Trotz der Rettung zehntausender Kulturdenkmale befinden sich aktuell ganze Denkmalgruppen in einem dramatischen Zustand. Dies betrifft sowohl städtische Wohnhäuser und ländliche Anwesen als auch zunehmend die technischen Denkmale

– auch, weil die Landesmittel für den Erhalt denkmalgeschützter Baubestände seit 2009 von 12 auf 5 Millionen Euro pro Jahr gesunken sind. Trotzdem droht die CDU/SPD-Koalition mit weiteren Kürzungen: Ab 2017 will die Staatsregierung im Landesprogramm für den Erhalt von Kulturdenkmalen keinen einzigen Euro mehr bereitstellen. Wir fordern die Erhöhung der Mittel für das Landesprogramm für den Erhalt von Kulturdenkmalen von 15 Millionen Euro jährlich, ein Notsicherungsprogramm „Dächer dicht“ des Freistaates für Denkmale und die Einrichtung einer zentralen öffentlichen Datenbank verfallsbedrohter ungenutzter Denkmale für potenzielle Investorinnen und Investoren.

- **Investitionsprogramm für Energieeinsparungen und Erneuerbare Energien in Mietwohnungen:** Die jährliche energetische Sanierungsquote in Sachsen liegt derzeit bei nur etwa 1 Prozent, bei Immobilien des Freistaates sogar unter 0,5 Prozent. Die jährliche Sanierungsquote muss aber auf 3 Prozent angehoben werden, um in überschaubaren Zeiträumen einen Energieeinspar- und CO<sub>2</sub>-Reduzierungseffekt sowie Betriebskosteneinsparungen zu erreichen. Nur so lassen sich die klimapolitischen Ziele erreichen. Viele Vermieter sind durch Sanierungen nach der Wende schon stark belastet. Es besteht zusätzlich ein klassisches Dilemma zwischen Vermieter und Mieter: Der eine investiert, während der andere spart. Notwendig ist deshalb ein Förderprogramm, mit dem energetische Sanierung von Mietwohnungen durch Zuschüsse gefördert werden. Die Zuschüsse sollen technikneutral für den im Einzelfall vermiedenen Kohlendioxid ausstoß gezahlt werden.
- **Dezentrale Ver- und Entsorgungssysteme ermöglichen:** Für abgelegene Häuser und Wohneinheiten im ländlichen Sachsen wollen wir Ausnahmen beim Anschluss- und Benutzungszwang ermöglichen. In der Fläche ist unser Ziel, eine bedarfsgerechte Modernisierung der Wasserver- und Abwasserentsorgung nach dem Grundsatz einer nachhaltigen ökologischen Wasserwirtschaft zu erreichen.

## 2. Für eine sichere gesundheitliche Versorgung

Sachsen und seine Kommunen sind in der Verantwortung, die ihnen zugewiesenen Aufgaben in der Gesundheitspolitik wahrzunehmen. Doch der vor allem im ländlichen Raum ausgeprägte Fachkräftemangel in Arzt- und Pflegeberufen erschwert es erheblich, die medizinische Versorgung außerhalb der Ballungsräume auf einem hohen Qualitätsniveau zu halten. Gleichzeitig steigt aufgrund der Altersentwicklung die Nachfrage nach Dienstleistungen im Gesundheitsbereich. Daraus entstehen dem Freistaat Herausforderungen in allen Bereichen der Gesundheitswirtschaft, von der Versicherung über die Versorgung bis zur Gesundheitswirtschaft.

Gesundheitsversorgung muss unter veränderten Rahmenbedingungen grundsätzlich neu gedacht werden: Um bestehende Ressourcen optimal zu nutzen, wollen wir die gesundheitlichen Versorgungsangebote miteinander vernetzen. Unser Ziel sind regionale integrierte Versorgungssysteme mit bester Versorgungsqualität und Versorgungssicherheit nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Land.

Da es immer schwieriger wird, die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum sicherzustellen und die Verantwortlichen – Bundesregierung und Landesregierung – sich dieser Herausforderung nur zögerlich und bruchstückhaft stellen, bedarf es neuer Antworten, jenseits des Bedienens von Lobbyinteressen und der Vorrangigkeit berufsständischer Politik.

Die marktorientierte Gesundheitsversorgung schafft bereits heute die Sicherstellung in einigen Gebieten ländlicher Regionen nicht mehr, so dass sich aus der staatlichen Gewährleistungsverantwortung heraus die Notwendigkeit des Handelns ergibt.

### **GRÜNE Maßnahmen**

- **Mobile und digitale ärztliche Versorgung:** Da eine flächendeckende Versorgung des ländlichen Sachsens mit unterschiedlichen Facharztpraxen aus demografischen Gründen nicht mehr zu leisten ist, sind die Menschen in Sachsens Regionen auf neue Konzepte angewiesen. Ein Beispiel sind „Gemeindeschwesternstationen“ in kommunalen Praxisräumen, die von unterschiedlichen Ärzten im Wechsel genutzt werden können, so dass die medizinische Versorgung mobil zu den Menschen kommt. Eine weitere Chance sind die Möglichkeiten, die eine leistungsfähige Internet-Infrastruktur für die ärztliche Versorgung für Vorbeugung, Diagnose, Behandlung, Überwachung und Verwaltung mit sich bringt. Durch klug gesetzte Rahmenbedingungen lassen sich Ärztinnen und Ärzte ganz gezielt für die besonderen Anforderungen einer Arbeit im ländlichen Raum befähigen: Dazu gehören neue Arbeitszeit- und Kooperationsformen, neue Niederlassungsmodelle mit flexibleren Sitzen, vermehrte Anstellungsverhältnisse, risikoreduzierte Investitionsmodelle, Notdienste mit langen Anfahrtswegen, die nicht zu Lasten der Patient\*innen und Ärzt\*innen abgerechnet werden, sowie eine Entlastung von Verwaltungs- und Bürotätigkeiten.
- **Flexible und angemessene Krankenhausversorgung:** Mit dem ländlichen Strukturwandel verändert sich auch die Krankenhauslandschaft im ländlichen Raum. Nicht jedes Krankenhaus muss alles können, aber für alle Patient\*innen muss ein Krankenhaus in erreichbarer Nähe sein. Dies kann beispielsweise durch Portalkliniken gewährleistet werden, die im Verbund mit unterschiedlichen Schwerpunktkliniken alle medizinischen Bedarfe abdecken. Auch der zunehmende

Wunsch der Menschen nach ambulanter Versorgung ermöglicht neue Versorgungskonzepte, etwa durch Kliniken mit ambulantem Schwerpunkt.

- **Rechtzeitige Notfallrettung in jedem Dorf:** Keinem Menschen darf in gesundheitlichen Gefahrensituationen ein Nachteil daraus erwachsen, dass er auf dem Land wohnt. Wir wollen deswegen sicherstellen, dass die gesetzlichen Hilfsfristen von 12 Minuten in Notfällen an jedem Ort erreicht werden können. Dazu müssen die erreichten Hilfsfristen und etwaige Versäumnisse fortlaufend ermittelt und bei Bedarf entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. In den sächsischen Kommunen muss darüber hinaus jederzeit eine funktionierende Notarztversorgung sichergestellt werden.
- **Hebammenversorgung in Sachsen sicherstellen:** Hebammen sichern einen wichtigen Bereich medizinischer Grundversorgung im ländlichen Sachsen, auch fernab von Krankenhäusern und stationärer ärztlicher Infrastruktur. Solange es auf Bundesebene nicht gelingt, freiberufliche Hebammen bei den ausufernden Haftpflichtbeiträgen von inzwischen über 7000 Euro jährlich verbindlich zu entlasten, muss der Freistaat Sachsen einspringen und den Berufsstand der Hebammen im Freistaat unterstützen. Wir GRÜNE wollen einen Notfonds einrichten, der in der ambulanten Geburtshilfe tätige Hebammen unterstützt, wenn sie den Sicherstellungszuschlag nicht erhalten.
- **Gute Nachsorge und Pflege:** Angemessene Versorgung geht weit über den Arztbesuch und Krankenhausaufenthalt hinaus und umfasst neben klassischer Pflege auch die lebenspraktische Unterstützung besonders für alte Menschen, vom Einkauf über häusliche Dienstleistungsangebote bis zu einer guten Verkehrsanbindung. Zur Sicherstellung dieser Versorgung wollen wir Kommunalpolitik, Verwaltung, freie Träger und engagierte Bürgerinnen und Bürger ermutigen, lokale Netzwerke anzustoßen und umzusetzen – beispielsweise Sozial- und Gesundheitsgenossenschaften mit ehrenamtlicher und professioneller Unterstützung.
- **Palliativ- und Hospizversorgung in Sachsen weiterentwickeln:** Der Freistaat Sachsen muss seine Konzeption zur Hospiz- und Palliativarbeit unter Einbeziehung aller relevanten Akteure fortschreiben und in dem Zuge verbessern. Dabei fordern wir vor allem eine bedarfsgerechte, flächendeckende, mit den Pflege- und Gesundheitseinrichtungen vernetzte Struktur der Palliativ- und Hospizversorgung in ganz Sachsen, auch in den

ländlichen Räumen, und eine wohnortnahe Versorgung schwerstkranker Kinder und Jugendlicher sowie Beratung und Bildungsangebote für pflegende Angehörige.

### **3. Regionale Wertschöpfung für gute Arbeit**

Damit der Fachkräftenachwuchs auf hochwertige Arbeits- und Ausbildungsplätze trifft, wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe in Schwung bringen. So bleibt die Wertschöpfung in der Region. Fachhochschulen, Fachschulen, Berufsakademien oder außeruniversitäre Forschungseinrichtungen können Schrumpfungsprozessen entgegenwirken. Sie machen Regionen attraktiv für gut ausgebildete Menschen, die dort studieren, forschen, lehren und arbeiten wollen. Fachschulen und Hochschulen befeuern auch das Gründungsgeschehen: Häufig entstehen aus Forschungsideen heraus lokale Unternehmen. Durch eine bessere Vernetzung von Hochschulen mit dem Mittelstand wollen wir kleinen und mittleren Unternehmen auf dem Land mehr Möglichkeiten bieten, ihre Innovationspotentiale zu nutzen.

Die Regierungskoalition hat sich in ihrem Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2014 dazu verpflichtet, großbedingte Nachteile mittelständischer Unternehmen über eine gezielte Mittelstandsförderung auszugleichen. Doch danach wurde es um anfangs oft erwähnte Vorhaben merkwürdig still. Zu ihnen gehören das versprochene Förderprogramm „Regionales Wachstum“, der Fusionsfonds, eine Innovationsplattform sowie die Etablierung eines Wirtschafts- und Innovationsbeirats. Uns reicht derartige Ankündigungspolitik nicht.

Ländliche Gemeinden leben von attraktiven Ortskernen mit gutem Versorgungsangebot. Graue Einzelhandelskomplexe auf der grünen Wiese sind oft der Startschuss für das Abwandern mittelständischer Unternehmen an den Rand der Kommune, für das Verschwinden kleiner Läden aus fußläufig erreichbaren Innenlagen und letztlich für den Leerstand ganzer Dorf- und Kleinstadtkerne. Wir wollen stattdessen Ortskerne stärken und als Orte des Handels, der Kultur und der Begegnung erhalten.

#### **GRÜNE Maßnahmen**

- **Förderprogramm „Regionales Wachstum“:** Der Fokus der Wirtschaftsförderung des Landes richtet sich auf Unternehmen mit überregionalem Absatz. Dadurch werden fast alle Kleinstunternehmen, die vorwiegend innerhalb der Region ihre Zielmärkte sehen, durch das Raster der Unterstützung fallen. Wir fordern die Staatsregierung auf, das Förderprogramm „Regionales Wachstum“ endlich einzuführen. Adressaten sollen neben dem Handwerk auch der Dienstleistungssektor, die Gastronomie, die Kultur- und Kreativwirtschaft sowie der Einzelhandel sein.



Ziel ist die unbürokratische Förderung von Investitionen kleiner Unternehmen in strukturschwachen Räumen.

- **Förderung von Unternehmensnachfolgen:** Die demografische Entwicklung erschwert es altersbedingt ausscheidenden Unternehmensinhabern, geeignete Nachfolger zu finden. Dabei stehen in den nächsten Jahren in Sachsen über 4.000 Unternehmensnachfolgen an, von denen direkt fast 1,5 Millionen Arbeitsplätze betroffen sein werden. Die Staatsregierung versprach, einen „Fusionsfonds“ für Unternehmensnachfolgen einzurichten, um die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens durch eine gezielte Größenwachstumsstrategie zu befördern. Bisher sind den Worten keine Taten gefolgt. Beim Eigentümerwechsel kann bisher keine Gründerförderung in Anspruch genommen werden, das wollen wir ändern. Neueigentümerinnen und -eigentümer sollen die Möglichkeit haben, anfallende Verluste bei der Betriebsübernahme steuerlich geltend machen zu können, wenn die Unternehmen fortgeführt werden und Arbeitsplätze erhalten bleiben.
- **Existenzgründungen:** Ländliche Regionen bieten aufgrund günstiger Mietkonditionen und wegen eines großen Angebotes nutzbarer Gewerbeimmobilien gute Möglichkeiten für Existenzgründer. Das innovative Nutzen von Freiräumen (Leerstand in den Innenstädten, Gebäude in Dorfkernen usw.) kann eine Möglichkeit für ländliche Regionen sein, Gründer anzusiedeln und damit die wirtschaftliche Dynamik zu verbessern. Vor allem qualifizierte Frauen, die im ländlichen Raum nur schwer eine adäquate Beschäftigung finden, sind ein bisher vielfach brachliegendes Gründerpotential. Der Freistaat hat sich bisher auf die Unterstützung von technologieorientierten Gründungen in Verdichtungsräumen konzentriert. Wir wollen hingegen, dass Initiativen gefördert werden, die Hilfen für „normale“ Gründer anbieten und die Vorteile von Existenzgründungen in ländlichen Räumen herausstellen. Von herausragender Bedeutung ist die regionale Vernetzung der Akteure untereinander sowie das Sichtbarmachen positiver Beispiele erfolgreicher Unternehmer. So lassen sich Gründer-Ökosysteme fördern, die ländliche Regionen für junge Unternehmerinnen attraktiv machen.
- **Frauen fördern – erst Recht auf dem Land:** Mit speziellen Förderprogrammen, die Frauen bei der Gründung, Qualifizierung und Netzwerkbildung unterstützen, wollen Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen im ländlichen Raum erhöht und die Zukunftsperspektiven für Familien sichern. Dazu gehört, ein ganzheitliches Förderkonzept zu entwickeln: sei es durch die Unterstützung flexibler Betreuungszeiten für Kinder bis hin zu Vernetzungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

- **Den Knowhow-Transfer zwischen Hochschulen und mittelständischen Unternehmen nicht dem Zufall überlassen:** Wir wollen, dass die Unternehmen mit guten Forschungs- und Entwicklungskonzepten wachsen. Der Wissenstransfer von den Hochschulen muss dafür professionell gemanagt werden. Ähnlich wie die Wirtschaftslotsen bei Unternehmensansiedlungen wollen wir an den Hochschulen "Innovationslotsen" etablieren, als Mittler zwischen den beiden Welten. Als Anlaufstelle für Unternehmen beraten sie diese vor Ort in der jeweiligen Produktionsstätte.
- **Starthilfe für regionale Initiativen und Förderung für Direktvermarktung:** Regionale Vermarktungsinitiativen für Lebensmittel, handwerkliche Produkte und Dienstleistungen können Versorgungslücken schließen – genauso wie Dorfläden, die oft aus Ehrenamtsstrukturen oder als kleine Genossenschaften entstehen. Damit neue Konzepte und Entwicklungen zur Nahversorgung möglichst aus der Region herauswachsen, wollen wir Mittel aus dem Europäischen Fonds zur Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung für Starthilfen nutzen. Die Gründung von Dorfladeninitiativen wollen wir erleichtern, indem wir die Prüfungspflicht für kleine Genossenschaften mit marginalem Gewinn abschaffen.
- **Regionalbudgets:** Regionalbudgets sind ein passgenaues, auf die jeweiligen Probleme und Entwicklungsmöglichkeiten vor Ort abgestimmtes Instrument zur Förderung der regionalen Entwicklung. Wer politische Eigenverantwortlichkeit und Eigeninitiative von Regionen erwartet und einfordert, muss ihnen auch die Entscheidungsspielräume und finanziellen Möglichkeiten offenhalten, diese wahrzunehmen. Jede Region in Sachsen hat ihre jeweilige wirtschaftliche Tradition und Stärke. Diese werden durch die Einführung von Regionalbudgets gezielt gefördert. Die Voraussetzung für Bezüge aus solchen Regionalbudgets und Regionalfonds soll ein strategisches Entwicklungskonzept für die Region sein. Dabei muss die jeweilige Region unter Einbeziehung der regionalen Wirtschafts- und Sozialpartner sich selbst analysieren, um ihre Stärken und Schwächen zu identifizieren und geeignete Maßnahmen abzuleiten. Ziel ist es, regionale Wachstumskerne und regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken und somit die Wettbewerbsfähigkeit gerade der vielen sächsischen Klein- und Kleinstunternehmen nachhaltig zu verbessern.
- **Mikrokredite für die regionale Wirtschaft:** Wir wollen, dass der Freistaat Sachsen für akkreditierte und etablierte Mikrofinanzagenturen in Sachsen Landesbürgschaften zur Entlastung der Arbeit dieser regional agierenden Finanzinstitutionen übernimmt. Hierdurch werden bei den Mikrofinanzagenturen wertvolle Ressourcen für ihre Darlehensvergabe an kleine Unternehmer

und Handwerker in der Region frei.

#### **4. Ländliche Räume reif für die digitale Zukunft machen**

Der digitale Wandel ist für den ländlichen Raum in Sachsen eine Chance. Eine klug gestaltete Digitalisierung schafft Arbeitsplätze und signifikantes Wirtschaftswachstum, befeuert Innovationen und gleicht geografische Standortnachteile aus. Laut Industrie- und Handelskammer ist heute für 60 Prozent der Unternehmen die Verfügbarkeit von schnellem Internet von großem oder entscheidendem Einfluss auf die nächste Standortentscheidung. Eine schnelle, verlässliche und sichere Internetanbindung befähigt Unternehmen, weltweit zu agieren, neue Technologien und Innovationen zu nutzen und so ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Ländliche Kommunen mit einer leistungsstarken digitalen Infrastruktur sind attraktive Wohnorte – gerade für junge Familien, aber auch für Selbstständige und Arbeitnehmer mit flexiblen Arbeitsmodellen. Ältere und kranke Menschen profitieren in Gebieten mit schlechter ärztlicher Infrastruktur von Tele- und Internetmedizin. E-Government kann einige Nachteile der demografisch bedingten Zusammenlegung von Kommunen und Behörden für die Bürgerinnen und Bürger abfedern. Gesellschaftliche und politische Teilhabe, vielseitige Information und entfernte Kommunikation sind im digitalen Zeitalter in jedem Dorf möglich.

Gegenwärtig belegt Sachsen im Bundesländervergleich jedoch den drittletzten Platz, und mitten durch Sachsen führt ein Riss: Während in Sachsens Städten immerhin 73 Prozent zeitgemäße Internetanschlüsse mit 50 Mbit/s nutzen können, bleibt dies gerade einmal 12 Prozent der ländlichen Haushalte vorbehalten. Fast die Hälfte der ländlichen Haushalte kommt nicht einmal mit 16 Mbit/s ins Netz und ist damit von einer zeitgemäßen Internetnutzung ausgeschlossen. Die Staatsregierung hat dieses Marktversagen im Flächenland Sachsen in Kauf genommen und mit ihrer kopflosen und unambitionierten Förderpolitik bis heute sogar begünstigt. Wir wollen hingegen verhindern, dass sich diese Ungleichheit fortsetzt und die Attraktivität der ländlichen Räume in Sachsen schmälert. Unser Ziel ist es, die digitale Spaltung Sachsens zu beenden und jedem Dorf, jedem Haushalt die Nutzung leistungsfähiger Breitbandanschlüsse als Bestandteil der Daseinsvorsorge zur ermöglichen.

#### **GRÜNE Maßnahmen**

- **Nachhaltigkeit statt Kurzsichtigkeit: Zukunft Glasfaser!** Sachsen braucht eine flächendeckende Glasfaser-Infrastruktur, denn nach heutigem Stand ist nur Glasfaser eine zukunftsfähige Gigabit-Technologie, die absehbar den Bandbreitenbedarf bis 2050 und darüber hinaus decken wird. Mit der technologischen Entwicklung verändert sich der Bandbreitenbedarf von Unternehmen und Haushalten: Wo wir heute von 50 Mbit/s sprechen, werden bereits in einigen Jahren 500

Mbit/s nicht mehr ausreichen. Breitbandausbau bedeutet für uns deswegen, nachhaltig zu handeln und jetzt in eine Infrastruktur zu investieren, die den ländlichen Räumen in Sachsen für Jahrzehnte Attraktivität und Standortvorteile im internationalen Wettbewerb sichert. Die kostspielige Ertüchtigung der veralteten Kupfernetze ist keine Alternative zu Glasfaser, denn sie schafft keine zukunftsfähige Infrastruktur: Die notwendige Umrüstung auf Glasfaser würde dadurch nur um einige Jahre hinausgezögert. Weil wir Sachsens digitale Infrastruktur nicht in vielen teuren Zwischenschritten ausbauen wollen, sind wir gegen eine kostspielige Ertüchtigung des veralteten Kupfernetzes mittels Vectoring. Mobilfunkbasierte Netze (LTE und perspektivisch auch 5G) können als Ergänzungs- und Brückentechnologie dienen, nicht jedoch als Ersatz für Glasfaser, solange die verfügbaren Tarife durch enge Datenbegrenzungen und Einschränkungen der Netzneutralität nachteilig für die Bürgerinnen und Bürger sind.

- **Ambitionierter Ausbau mit realistischen Zielen:** Unser Ziel ist es, bis 2021 drei Viertel aller Haushalte mit echten Glasfaseranschlüssen (FTTH) zu versorgen. Die restlichen Haushalte sollen bis dahin mit mindestens 50 Mbit/s online gehen können und allmählich auf Glasfaser umgerüstet werden.
- **Konsequente Unterstützung für Kommunen und Landkreise:** Wir wollen, dass der Freistaat Sachsen gezielter als heute den Ausbau in denjenigen Kommunen unterstützt, die nicht in der Lage sind, ihren Eigenmittelanteil aufzubringen. Eine Förderpolitik, die diese Kommunen mit 10 Prozent der Ausbaukosten allein lässt, so dass sie sich für die Minimallösung oder ganz gegen einen Ausbau entscheiden müssen, verfehlt ihr Ziel und führt zu einem Flickenteppich im ganzen Freistaat. Gleichzeitig begrüßen wir Ausbauintiativen auf Landkreisebene und interkommunale Kooperationen, auch über Ländergrenzen hinweg. Eine profunde Breitbandberatung durch den Freistaat soll die Kommunen und Landkreise in allen Phasen der Antragstellung, Projektplanung und -durchführung entlasten und zu einem nachhaltigen Breitbandausbau befähigen.
- **Solide Finanzierung und effizienter Mitteleinsatz für passive Infrastrukturen:** Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund zur Finanzierung des Glasfaserausbaus seine verbleibenden Anteile der Deutschen Telekom AG veräußert, was ungefähr 10 Milliarden Euro an Investivmitteln einbringen wird. Dieses Geld soll eine zu gründende Bundesbreitbandgesellschaft gemeinsam mit Kommunen in passive Infrastrukturen (z.B. Leerrohre und Tiefbauarbeiten) investieren, die dann an private Telekommunikationsunternehmen verpachtet werden können. So soll der Glasfaserausbau beschleunigt und Wettbewerb auch dort ermöglicht werden, wo Unternehmen aus

marktwirtschaftlichen Gründen eigene Investitionen scheuen. Gleichzeitig sorgt dieses so genannte „Betreibermodell“ im Gegensatz zur direkten Förderung unrentablen Ausbaus durch Unternehmen für einen Rückfluss investierter Mittel in die Kassen von Kommune und Bundesbreitbandgesellschaft.

- **Bürgerschaftliche Netze fördern:** Nach dem Wegfall der so genannten Störerhaftung spricht alles dafür, die vielfältigen Initiativen für freie Netze zu unterstützen und Freifunk zu fördern. Wer seinen Internetzugang mit der Öffentlichkeit teilen möchte, verbessert damit die digitale Infrastruktur jenseits kostspieliger Ausbauprojekte und sollte dafür ideale Bedingungen vorfinden. Wir wollen deswegen die Installation von Freifunk-Routern in Ämtern, Behörden, Schulen und sämtlichen Liegenschaften des Freistaats ermöglichen und fördern. Damit erhalten gerade auch diejenigen Menschen einen kostenfreien Basis-Internetzugang, die sich eigene Anschlüsse nicht leisten können oder von den kommerziellen Netzbetreibern noch nicht versorgt werden können.
- **Bürgernähe und Behördenentlastung durch E-Verwaltung:** Die Digitalisierung eröffnet neue Kommunikationswege und ermöglicht Arbeitsabläufe, von der sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Behörden profitieren können. Wir setzen uns für klug umgesetztes E-Government ein: Dazu gehören übersichtliche Online-Informationen zu Behördenstruktur, Ansprechpartnern, Öffnungszeiten und Anfahrtswegen, aber auch zu Verfahren und Fristen. Ebenso wichtig ist die Möglichkeit, Formulare herunter zu laden, Anträge und Widersprüche online zu erledigen und mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern rechtsverbindlich und sicher online zu kommunizieren. Gleichzeitig wollen wir, dass die Menschen bei der Behördenkommunikation Wahlfreiheit haben und dass niemand mangels entsprechender Möglichkeiten ausgeschlossen wird. Die Möglichkeit zum klassischen Behördengang und zur Kommunikation in Papierform muss daher gesichert bleiben, denn bürgernah ist nur eine Vielzahl von Angeboten und Alternativen.

## 5. Die grüne Mobilitätsgarantie

Im Zentrum unseres Konzepts von nachhaltiger, gesundheits- und klimaschonender Mobilität steht ein fahrgastfreundlicher öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), der stündlich getaktet ist und vielfältige Schnittstellen zu anderen Verkehrsträgern bietet: Bahnhofsnaher Park+Ride-Parkplätze für Fahrräder und Autos, ländliche E-Car- und Bike-Sharing Angebote, ein hochwertiges Radwegenetz und gut angebundene alternative Bedienformen machen den ÖPNV attraktiv und leistungsfähig. Von einem so vernetzten öffentlichen Verkehrssystem profitieren alle: Für die Menschen im ländlichen Raum wird die städtische Infrastruktur in Mittel- und Oberzentren kostengünstig und schnell erreichbar. Für Anrainer

von Dorf- und Stadtdurchfahrtsstraßen reduzieren sich durch den sinkenden motorisierten Individualverkehr Lärm- und Schadstoffemissionen. Kostspielige und umweltschädliche Straßenbauprojekte werden vermeidbar. Unternehmen können Standortnachteile ausgleichen und steigern durch eine gute öffentliche Verkehrsanbindung ihre Attraktivität für Fachkräfte aus der Region und darüber hinaus. Die Auswirkungen des demografischen Wandels und der Landflucht werden abgemildert, Land und Stadt rücken enger zusammen.

In den 26 Jahren ihrer Regierungszeit sind CDU-geführte Regierungen in Sachsen daran gescheitert, Mobilität nachhaltig und zukunftsfähig zu denken. Dieses Versagen trifft die ländlichen Regionen in Sachsen hart, vor allem diejenigen Menschen, die auf öffentlichen Personennahverkehr angewiesen sind. In den letzten Jahren ist das ÖPNV-Angebot drastisch reduziert worden: Das einst flächendeckende Schienennetz wurde zu einem Rumpfnetz ausgedünnt. Ehemals gut angebundene Orte werden nur noch mit Schulbussen versorgt. Sachsens ländliche Räume können ihr Potenzial nur zur Geltung bringen, wenn sie nicht aufgegeben und von den städtischen Wirtschafts- und Kulturzentren abgekoppelt werden. Wir wollen deswegen einen flächendeckenden, vernetzten Nahverkehr, der jedes Dorf anbindet und die Spaltung zwischen Stadt und Land nicht verschärft, sondern ländliche Entwicklung ermöglicht und unterstützt.

### **GRÜNE Maßnahmen**

- **Sachsentak 21 – unser Masterplan für einen flächendeckenden Bahn- und Busverkehr:** Als Kern des sächsischen Nahverkehrs brauchen wir stündliche Regionalbahnen (RB) und Taktbusse zwischen den sächsischen Mittelzentren und daran anschließend schnelle Regionalverbindungen (RE) in die drei sächsischen Großstädte. In diesen Stundentak wollen wir lokale Busverkehre und alternative Bedienformen (z.B. Bürgerbusse, Einkaufs-, Arzt- und Anrufsammeltaxis) einbinden, um jedes Dorf zu vertretbaren Kosten an den Sachsentak anschließen. Die Großstädte sollen ihrerseits im Stundentak mit Fernverkehr untereinander und nach außen vernetzt werden.
- **Mobilität für alle – bezahlbar und transparent:** Wir wollen einen landesweit einheitlichen ÖPNV-Tarif von Tür zu Tür, der unabhängig vom gewählten Verkehrsmittel gilt und dabei einfach und transparent ist. Für Studierende und Schüler wollen wir landesweit einheitliche, kostengünstige Tickets, die auf die jeweiligen Bedürfnisse zugeschnitten sind: Zeitkarten mit tageszeitabhängiger Gültigkeit, einheitliche Semestertickets und Schüler-Bildungstickets, die auch außerhalb des Schulwegs gültig sind. Das Jobticket für Bedienstete des Freistaats wollen wir in allen Regionen des Freistaats etablieren und dabei einen einheitlichen Arbeitgeberanteil

von 10 Prozent erreichen. Empfänger von Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Grundsicherung im Alter oder Sozialhilfe sowie Asylbewerber sind zur Teilnahme am beruflichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben in besonderem Maße auf öffentliche Mobilitätsangebote angewiesen. Weil die derzeitigen Regelsätze nicht zur Deckung der individuellen Mehrkosten ausreichen, wollen wir für diese Bürgerinnen und Bürgern ein Mobilitätsticket anbieten, in das als Eigenanteil der fiktive Betrag für Mobilität des sogenannten Warenkorb zur Bemessung des ALG II – Regelsatzes eingebracht werden soll. Den Betroffenen soll ein „Mobilitätsbudget“ (z.B. auf einer für ÖPNV zweckgebundenen Chipkarte) ausgezahlt werden, dessen Höhe sich am Preis einer Monatskarte zur Erreichung des nächsten Oberzentrums bemisst.

- **Bahn vor Bus: Streckeneinstellungstopp jetzt!** Unser Ziel ist es, Bahnstrecken in der Fläche zu erhalten und – wo möglich – zu reaktivieren, um die Schienenanbindung im ländlichen Sachsen zu verbessern. Für viele Menschen bedeutet die Abbestellung von Strecken eine Abkopplung ihrer Region, längere Fahrzeiten zum Arbeitsplatz, Komforteinbußen auf dem Weg zum Einkauf oder zum Arzt – und dadurch letztlich den Verlust von Mobilität oder die Entscheidung für das Auto. Ein gutes Bahnnetz ist das Rückgrat eines leistungsfähigen, umweltfreundlichen ÖPNV in ganz Sachsen.
- **Radverkehr stärken und sicherer machen:** Radverkehr ist eine zunehmend wichtige Säule ländlicher Mobilität: Immer mehr Menschen wollen aktiv, gesundheitsfördernd und klimaneutral unterwegs sein und nutzen das Rad regelmäßig – sowohl im Nahverkehr als auch zum Anschluss an Bus und Bahn. Wir wollen sie durch ein gut ausgebautes, sachsenweites Radwegesystem unterstützen und ihre Sicherheit durch eine fahrradfreundliche Infrastruktur und Verkehrsführung deutlich steigern. Dazu brauchen wir mehr klassische Radwege, die entlang der Bundes-, Staats- und Kommunalstraßen separat geführt werden, ergänzt durch markierte Radfahr- und Schutzstreifen im inner- wie im außerörtlichen Verkehr. Radtouristische Infrastruktur wollen wir mit einem Nutzen für die Alltagsmobilität der Anwohner verknüpfen und so Synergien hinsichtlich der Förderung nutzen.
- **Verkehrsmittel durch Mobilitätsstationen verzahnen:** Bahnhöfe, Haltepunkte und zentralen Bushaltestellen wollen wir mit allen anderen Verkehrsträgern vernetzen und zu ländlichen Mobilitätsstationen ausbauen. Neben erprobten Konzepten wie Park+Ride und Bahn-Bus-Verknüpfungen planen wir dabei gezielt innovative und klimafreundliche Maßnahmen: Dazu gehört eine passende Infrastruktur für E-Mobilität genauso wie sichere Fahrrad-Abstellmöglichkeiten (Bike+Ride) und Verleihstationen (Car-/Bikesharing), durch die der Umstieg in den ÖPNV

für mehr Menschen attraktiv wird.

- **Erhalt vor Neubau:** Statt teurer Straßen-Neubauprojekte treten wir für den Erhalt und die Sanierung bestehender Infrastruktur ein. So wollen wir hohe Kostenbelastungen für die Gesellschaft bei gleichzeitig marode werdendem Straßennetz vermeiden. Neue Straßen sollen nur dort gebaut werden, wo angesichts der bestehenden Verkehrs-, Lärmbelastungs- und Sicherheitslage keine anderen Möglichkeiten wie Temporeduzierungen und Lärmschutz greifen, so zum Beispiel bei ausgewählten Ortsumfahrungen. Dabei bevorzugen wir Lösungen im vorhandenen Straßennetz und beziehen die Bürger vor Ort in den Planungsprozess ein.
- **Sichere und komfortable Fußwege in Stadt und Dorf:** In Sachsen werden gegenwärtig etwa 25 Prozent aller Wege zu Fuß bewältigt. Der Fußverkehr ist damit ein wichtiger Beitrag zur Mobilität der Menschen und zur Entlastung der Umwelt im ländlichen Raum. Wir wollen daher ein attraktives, engmaschiges Fußwegenetz fördern, das die Attraktivität der ländlichen Regionen als Wohn- und Urlaubsorte stärkt. Überregionale Wanderwege sind noch besser und deutlicher auszuschildern. Bänke und Informationstafeln – auch in Städten – laden noch stärker zur Bewegung zu Fuß ein.

## **6. Landwirtschaft, die wir meinen: Regional, ökologisch und artgerecht**

Für Sachsens ländliche Räume ist die Landwirtschaft eine wichtige ökonomische Säule. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen wollen diese Landwirtschaft in Zukunft ökologisch, gentechnikfrei und wirtschaftlich nachhaltig gestalten. Die Landwirtschaft der Zukunft bedarf einer regional angepassten Größenstruktur und muss ohne Selbstausbeutung und Dauersubventionen existieren können. Wir wollen das Prinzip „Wachsen oder Weichen“ durchbrechen und auch kleinen Betrieben tragfähige Zukunftsperspektiven ermöglichen. Regionale Wertschöpfungsketten und Vertriebsstrukturen können zu einem Motor für verbrauchernahe, klimaschonende Erzeugung und zu einer Entwicklungschance für die bäuerliche Landwirtschaft werden. Nachhaltigkeit bedeutet für uns, Land-, Wald- und Gewässerwirtschaft klimaschonend und naturverträglich auszurichten: Wir wollen landwirtschaftlicher Wertschöpfung nicht trotz, sondern im Einklang mit Gewässerschutz, guten Böden und dem Erhalt einer reichen Artenvielfalt verwirklichen. Tierhaltung wollen wir artgerecht gestalten, denn eine ausschließlich an ökonomischen Kriterien orientierte industrielle Massentierhaltung ist schlecht für Tiere und Umwelt und entspricht nicht den Wertvorstellungen der Verbraucher, wie die steigende Nachfrage nach ökologischen Produkten zeigt. Entgegen jedem Nachhaltigkeitsgedanken haben Sachsens CDU-geführte Regierungen die sächsische Landwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten konsequent an den Maßstäben von Globalisierung und Industrialisierung ausgerichtet. Doch die weltmarktfokussierte industri-



elle Landwirtschaft kann die ökologischen und sozialen Herausforderungen nicht bewältigen. Die Folge ist ein dramatischer Strukturwandel in der sächsischen Landwirtschaft. Das Höfesterben entzieht dem ländlichen Raum zunehmend die Existenzgrundlage. Gab es zur Jahrtausendwende in der sächsischen Landwirtschaft noch über 40.000 Erwerbstätige, fiel deren Zahl bis 2013 auf 29.000. Von 388 nordsächsischen Schweinehaltungs-Betrieben im Jahr 1995 existierten im Jahr 2010 nur noch 84 – die Zahl der gehaltenen Tiere ist in diesen 15 Jahren aber von 94.000 auf 141.000 Tiere gewachsen. Die sächsischen Großbetriebe haben ihre organisatorischen, finanziellen und pachtbezogenen Vorteile genutzt, um sich zu konsolidieren und kleinere Mitbewerber zu verdrängen. Die Klasse der Betriebe mit mehr als 1000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche verfügt mit 3 Prozent der Unternehmen über 45 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen. Dabei arbeiten landwirtschaftliche Großbetriebe verglichen mit bäuerlichen Familienunternehmen keineswegs effizienter: Ihre Subventionsabhängigkeit liegt bei 60-80 Prozent, ohne Subventionen könnten die meisten großagrarischen Strukturen nicht überleben.

#### **GRÜNE Maßnahmen:**

- **Bäuerliche Landwirtschaft stärken:** Um das Höfesterben zu beenden und kleinen und mittelständischen Betrieben wieder eine Entwicklungsperspektive zu bieten, wollen wir die Maximalförderung von Großagrarbetrieben deckeln und mit den freiwerdenden Mitteln gezielt bäuerliche Produktionsformen stärken. Dies kann durch die Förderung und Unterstützung beim Aufbau und der Etablierung regionaler Wertschöpfungsketten geschehen, aber auch durch Umstellungshilfen für Ökolandbau.
- **Umstellung auf Ökolandwirtschaft und regionale Wertschöpfung unterstützen:** Sachsens Landwirte brauchen eine klare, verlässliche Förderperspektive, wenn sie sich zur Umstellung auf Ökolandwirtschaft entscheiden. Diese Umstellungsförderung hat die Sächsische Staatsregierung im Jahr 2014 gestrichen. Statt die derzeitige Basisförderung für Investitionen in Stallanlagen fortzuführen, wollen wir die Premiumförderung für Anlagen, die den Anforderungen tiergerechter Haltung entsprechen, erhöhen.
- **Mit einem Flächenpool kleine Landwirte fördern und Mehrwert für die Region schaffen:** Die Verkaufspraxis der bundeseigenen Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) hat bisher zu einem Ausverkauf des Bodens an kapitalkräftige Investorengruppen und landwirtschaftliche Großunternehmen geführt – zum Nachteil vieler kleiner Landwirte. Wir wollen, dass Sachsen über Zukäufe von BVVG-Flächen einen Pool zur Förderung regional angepasster und ökologisch wirtschaftender Landwirtschaftsbetriebe einrichtet. Durch Pachteinahmen werden

sich mittelfristig die Kosten dafür amortisieren. Darüber hinaus profitiert der Freistaat vom Wertzuwachs der Flächen in den nächsten Jahren.

- **Förderung des Schwerpunkts ökologische Landwirtschaft in der Forschung, der Ausbildung und in der landwirtschaftlichen Beratung:** Die gezielte Förderung des Ökolandbaus in Sachsen wollen wir durch verstärkte Beratungsangebote zu regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Produktvermarktung ergänzen. Dies soll in einem eigenen Haushaltstitel "Ökolandbau" im sächsischen Staatshaushalt festgeschrieben werden. Aus ihm soll mit insgesamt vier Millionen Euro die Errichtung eines Kompetenzzentrums „Ökolandbau Sachsen“ und einer Professur für ökologische Tierhaltung unterstützt werden. Deren Ziel ist es, starke sächsische Impulse für den Ökolandbau in der Forschung und Ausbildung zu geben.
- **Landwirtschaft, Tier- und Umweltschutz sinnvoll verbinden:** Wir treten für einen Umbau der Tierhaltung hin zu artgerechter Haltung ein. Ob die sächsischen Betriebe eine Zukunft am Markt haben und auf Akzeptanz in der Nachbarschaft stoßen, ist auch eine Frage überzeugender tiergerechter Haltungsverfahren. Den Umbau der Tierhaltung und die dafür nötigen Investitionen in Gebäude und Technologie wollen wir unterstützen, denn er lohnt sich: für die Betriebe, für die Tiere, für die Umwelt, das Handwerk und den Zusammenhalt in den Dörfern. Weiterhin treten wir für eine artenschutzgerechte Landbewirtschaftung ein, welche Schutzmaßnahmen für unserer heimischen bedrohten Wiesenbrüter, wie Braunkehlchen, Wiesenpieper und Wachtelkönig ergreift und diesen ausreichend Rückzugsflächen bereitstellt. Um bedrohte Offenlandarten wie Rebhuhn und Feldhase zu retten, müssen entsprechende Managementpläne erarbeitet werden.
- **Pflanzenschutzmittel reduzieren und erforschen:** Bisher kommen Pflanzenschutzmittel, insbesondere Glyphosat, in der industriell geprägten Landwirtschaft Sachsens im großen Stil zum Einsatz. Aufgrund der wahrscheinlich krebserregenden Wirkung beim Menschen muss der Einsatz des Ackergiftes drastisch reduziert und gezielt nach Alternativen gesucht werden. Mittelfristig muss Sachsen ein verbindliches Reglement für den ökologisch verantwortungsvollen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln allgemein einführen.

## 7. Erneuerbare Energie in Bürgerhand

Die ländlichen Räume sind für uns GRÜNE mehr als nur Energielieferant und -speicher für die städtischen Räume. Vielmehr sehen wir große Chancen darin, die Dörfer und Kleinstädte als Energieregionen zu gestalten. Weil der Wandel auf dem Land durch alternative Energiegewinnung neben Chancen

aber auch Risiken mit sich bringt, müssen gerade wir GRÜNE die Bedenken der Menschen ernst nehmen, die das Gefühl haben, dass ihr persönliches Lebensumfeld durch eine Windkraftanlage oder eine neue Stromtrasse beeinträchtigt wird. Die Energiewende kann nur mit den Menschen gelingen und erfordert einen intensiveren Dialog in der gesamten Gesellschaft.

## **GRÜNE Maßnahmen**

- **Energiewende im ländlichen Raum umweltfreundlich und transparent voranbringen:** Wo Nutzungskonflikte zwischen den verschiedenen Anforderungen an die ländlichen Räume auftreten, wollen wir unter Einbeziehung aller Akteure vor Ort transparente Lösungswege finden. Die Anbindung dörflicher und kleinstädtischer Gebäude an ein Nahwärmenetz sowie der Ausbau der dezentralen und erneuerbaren Energieversorgungsstrukturen kann eine Vielzahl von handwerklichen Dienstleistungsbetrieben stabil vor Ort erhalten.
- **Ökostromgewinnung als umwelt- und klimafreundliches Geschäftsmodell für Landwirte:** Wir wollen einen ökologischen und sozialverträglichen Biomasseanbau, in dem Ernährungssicherheit, Gentechnikfreiheit und Naturschutz berücksichtigt werden. Dabei wollen wir die Reststoffverwertung in den Vordergrund stellen, mittels derer Landwirte als regionale Energieversorger auftreten und dadurch regionale Wertschöpfungsketten als zusätzliche Einnahmequelle erschließen können.
- **Bürgerenergie und Genossenschaften unterstützen:** Wir wollen der einheimischen Bevölkerung die Möglichkeit einräumen, sich an Erneuerbare-Energie-Anlagen (Bürgersolarkraftwerke/Bürgerwindenergieanlagen) zu beteiligen. Bürgerschaftliches Engagement im Bereich der Versorgungssicherheit sorgt nicht nur für eine bessere Akzeptanz der Energiewende, sondern stärkt gleichzeitig die Bindung der Einwohnerinnen und Einwohner an ihre Kommune. Die Gründung kommunaler und regionaler Energiegenossenschaften wollen wir fördern, damit Investitionen, Gewinne und zusätzliche Steuereinnahmen in der Region bleiben.
- **Guter Rat für saubere Energie und effiziente Wärmenutzung:** Durch ein staatliches Beratungsangebot wollen wir die sächsischen Kommunen zu verstärkten Investitionen in erneuerbare Energien motivieren. Die Sächsische Energieagentur (SAENA) kann die Kommunen bei der Aufstellung kommunaler Wärmenutzungspläne fachlich unterstützen und beraten. Die Erstellung solcher Pläne wollen wir finanziell mit bis zu 80 Prozent fördern. Die Förderung des Freistaates Sachsen für Wärmenetze, zentrale Wärmespeicher und Wärmeerzeugungsanlagen wollen wir künftig an die Aufstellung eines kommunalen Wärmenutzungsplans binden.

## 8. Die Kulturlandschaft erhalten und pflegen

Sachsen braucht eine neue, langfristige Biodiversitätsstrategie, die ihren Namen verdient. Das 2013 vorgelegte Papier „Biologische Vielfalt 2020“ des sächsischen Umweltministeriums ist ambitionslos und hat seine Wirkung weitgehend verfehlt - der Freistaat vermag dem Verlust biologischer Vielfalt bisher nicht wirkungsvoll gegenzusteuern. Wir GRÜNE wollen das Artensterben stoppen und die biologische Vielfalt in Teilbereichen sogar wieder erhöhen. Dazu wollen wir die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) der Europäischen Union mit Blick auf das sächsische Netz von Natura-2000-Schutzgebieten ambitioniert umsetzen und einen Biotopverbund auf 15 Prozent der Landesfläche errichten.

### GRÜNE Maßnahmen

- **Grünes Sachsen erhalten, Versiegelung stoppen:** Unsere Natur- und Kulturlandschaft muss vor weiterer Versiegelung bewahrt werden – zum Schutz der Lebensqualität und der Artenvielfalt gerade auch im ländlichen Sachsen. Durch gezielte Innenentwicklung wollen wir deshalb Dörfer und Gemeinden stärken und ihr grünes Umland erhalten. Unser Ziel ist es, den Flächenverbrauch gemessen am sächsischen Mittel der vergangenen fünf Jahre bis 2020 zu halbieren. Mittel- bis langfristig brauchen wir einen Netto-Null-Flächenverbrauch, der erreicht werden kann, indem die Neuversiegelung von Flächen durch die Entsiegelung alter bebauter Flächen oder, wenn das zu aufwändig erscheint, andere ökologische Ausgleichsmaßnahmen kompensiert werden muss.
- **Landesweites Netz von Naturschutzstationen:** Das schleichende Sterben der Naturschutzstationen in Sachsen wollen wir stoppen und den Trend umkehren. Der Freistaat Sachsen ist in der Pflicht, ausreichende Fördermittel bereitzustellen und ein Konzept zu entwickeln, um in jedem Landkreis mindestens eine professionelle, kontinuierlich arbeitende Naturschutzstation zu betreiben, die Fördermittel akquiriert und die im Naturschutz beheimateten Akteure koordiniert und unterstützt. Unser Ziel ist ein landesweites Netz von 40 personell gut aufgestellten Stationen, die über ganz Sachsen verteilt sind und eine Flächenwirkung entfalten können.
- **Naturnaher, klimagerechter Waldumbau im Einklang mit Tier- und Artenschutz:** Das Ökosystem Wald ist insbesondere durch den Klimawandel belastet. Notwendig ist daher ein Waldumbau: Standortgerechte, produktive Mischwälder mit erhöhtem Laubbaumanteil bestehen die Herausforderungen des Klimawandels besser als Nadelwälder. Die Entwicklung des Schalenwildes in Sachsen zeigt eine starke Populationsmehrung, u.a. aufgrund der günstigen Bedingungen,

die das Wild vorfindet (Fütterungen, milde Winter). Hierbei kommt es zu Nutzungskonflikten, die ein Wildtiermanagement erfordern, das eine flächendeckende Waldschadenserhebung und ein Wildtier-Monitoring umfasst. Um das nur noch in wenigen Brutpaaren in Sachsen vorkommende Birkhuhn zu retten, muss ein entsprechender Managementplan erarbeitet werden. Bisher gibt nur einen zum Schutz des Wolfes. Wir unterstützen außerdem die zum Birkhuhnschutz in Sachsen laufenden Initiativen der sächsischen Fach- und Naturschutzverbände. Wir wollen, dass ein Teil der Jagdabgabe in den Tierschutz investiert wird. Wildtierauffangstationen sollen flächendeckend errichtet werden. Mit einer Novellierung des sächsischen Jagdgesetzes wollen wir erreichen, dass Jagdscheininhaber im Hinblick auf Ökologie und Artenschutz besser qualifiziert werden.

- **Flächenvernetzung im Biotopverbund zum Erhalt der Biodiversität:** Die zunehmende Isolierung der Lebensräume bedroht die vorhandenen Populationen vieler gefährdeter Arten. Ein Biotopverbund vernetzt die vorhandenen Schutzgebiete, wie Natura-2000-Gebiete, Naturschutzgebiete, das Biosphärenreservat und den Nationalpark. Mit der funktionellen Verknüpfung der großen Schutzgebiete als Kernflächen, kleinerer Gebiete als Trittsteinbiotope sowie linienförmiger Landschaftselemente, wie Hecken oder naturnahe Bachläufe als Verbundkorridore kann ein Netz zur Sicherung der biologischen Vielfalt entstehen. Diese Bestandteile des Biotopverbundes müssen langfristig rechtlich gesichert werden. Im Rahmen der Haushaltplanungen sollen angemessene Finanzmittel für die Sicherung der Flächen reserviert werden. Die (Wieder-)einrichtung des Biotopverbundes muss öffentlich nachvollziehbar durchgeführt und umgesetzt werden.
- **Kommunalen Baumschutz stärken:** Der Baumschutz muss wieder kommunalisiert werden. Der Schutz von Bäumen soll nicht, wie aktuell geregelt, bestimmte Arten, junge Bäume und kleine Baumarten von vornherein ausschließen. Für die lokal zuständigen Verwaltungen soll es wieder möglich werden, sämtliche Bäume und bei Bedarf auch Sträucher und Hecken als Lebensraum schützenswerter biologischer Vielfalt unter Schutz zu stellen.
- **Alleen schützen und erhalten:** Alleen sind bedeutende und vielgestaltige Elemente der Kulturlandschaft. Sie haben einen besonderen ökologischen Wert, da sie zahlreichen Pflanzen und Tieren Nahrung und Lebensraum bieten. Sie mindern Verkehrslärm, filtern Feinstaub und Schadstoffe aus der Luft und wandeln Kohlendioxid in Sauerstoff und Biomasse um. Wir wollen den Schutz der Alleen und ihre Pflege verbessern. Alleen sollen wieder verstärkt nachgepflanzt werden. Das Anbringen von Schutzeinrichtungen für die Verkehrssicherheit muss generell Vor-

rang vor Baumfällungen bekommen. Den Einsatz von Streusalz wollen wir minimieren.

- **Gewässerschutz verbessern:** Die Nährstoffbelastungen aus der Landwirtschaft sind ein Hauptgrund für den schlechten Zustand vieler Gewässer in ländlichen Regionen Sachsens. Durch die hohe Nitratverunreinigung ist der ökologische Zustand zahlreicher Gewässer schlecht. Eine Verbesserung der Gewässergüte kann durch die Reduzierung von Düngemittelgaben in der Landwirtschaft und der Einrichtung von Gewässerrandstreifen erreicht werden. Wir wollen entsprechend der EU-Wasserrahmenrichtlinie die Gewässer in ihrer natürlichen Vielfalt an Pflanzen und Tieren, ihrer unverfälschten Gestalt und Wasserführung sowie ihrer natürlichen Qualität erhalten. Durch ein landesweites Renaturierungsprogramm wollen wir eine gute ökologische Gewässerqualität in Sachsen erreichen.
- **Naturnahen Tourismus als Wirtschaftsfaktor begreifen und fördern:** Sachsens ländliche Regionen brauchen einen grünen Tourismus, der von regionalen Wertschöpfungsketten profitiert und regionale Wirtschaftskreisläufe schließt. Eine intakte Umwelt ist für 84 Prozent der Deutschen wichtig. Diese in ihrem Urlaub aktiv zu erleben, halten 79 Prozent für wichtig oder sogar sehr wichtig. Zudem führen das steigende Gesundheitsbewusstsein der deutschen Bevölkerung und die Rückbesinnung auf regionale Besonderheiten gerade im Bereich der Naturerlebnisse zu einer wachsenden Nachfrage. Um dieses Potenzial zu nutzen, wollen wir die Entwicklung eines naturnahen, nachhaltigen Tourismus in Sachsen gezielt fördern. Ein besonderer Fokus unserer Unterstützung liegt auf den „Motoren des grünen Tourismus“, also auf dem Nationalpark Sächsische Schweiz, dem Biosphärenreservat Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft, den Naturparks und LEADER-Regionen.

## 9. Lernende Regionen entwickeln

Die Attraktivität des ländlichen Raums steht und fällt für junge Familien mit einer bedarfsgerechten, wohnortnahen Infrastruktur zur Betreuung und Bildung von Kindern und Jugendlichen. Eltern wollen einerseits die bestmögliche Bildung für ihre Kinder, andererseits wünschen sie sich eine gute Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben: Beides ist nur möglich, wenn sich Schulen, Betreuungs- und Bildungseinrichtungen nicht weiter aus der Fläche zurückziehen. Gerade weil der demografische Wandel die Schulentwicklung auf dem Land vor Herausforderungen stellt, brauchen wir eine Schulpolitik, die den Erhalt von Bildungsstrukturen zum Ziel hat und dabei auch neue Wege beschreitet. Eine Fortsetzung der Schulschließungspolitik kann ebenso wenig die Antwort auf sinkende Schülerzahlen sein wie der Erhalt von „Zwergschulen“ um jeden Preis, etwa durch Absenkung der Mindestschülerzahlen. Letzteres hat massive Auswirkungen auf den Lehrerberuf und auf die Kosten für Freistaat und Schul-

träger. Im Zentrum GRÜNER Schulpolitik steht deswegen eine ländliche Schulentwicklungsplanung mit Augenmaß und Weitsicht, die auf Qualität und dauerhafte Tragfähigkeit angelegt ist, damit es nicht heißt: „Erst stirbt die Schule, dann stirbt das Dorf“.

Die sächsischen Hochschulen sind Innovationsmotoren für den gesamten Freistaat. Ihre Leistungen in der Forschung sind von unverzichtbarer Bedeutung, sowohl im regionalen, als auch im überregionalen Raum. Die Ausbildungsleistung der Hochschulen ist der zentrale Grundstein für die zukünftige Absicherung von hochqualifiziertem Nachwuchs. Darüber hinaus ist ihre Rolle als Arbeitgeber besonders im ländlichen Raum nicht zu unterschätzen.

### **GRÜNE Maßnahmen**

- **Bedarfsgerechtes Angebot für frühkindliche Betreuung und Grundschulbildung:** Familien-gerechte Kinderbetreuung fängt bei den Kleinsten an und folgt dem Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege“. Wir machen uns deswegen für integrierte, generationsübergreifende, wohnortnahe Struktur an Kindertagesstätten und alternativen frühkindlichen Betreuungsangeboten stark, die wir verstärkt finanziell fördern wollen. Dabei ist gerade für die ländlichen Räume das Konzept der Kinderbildungshäuser attraktiv, um Kindertagesstätten und Grundschulen vor Ort miteinander zu verzahnen, im Erhalt zu stärken und den Übergang von der Kita zur Grundschule ohne Bruch zu gestalten. Zum Erhalt kleiner Grundschulstandorte wollen wir die Möglichkeiten des Schulgesetzes ausloten und dafür auch Maßnahmen wie kleinere Klassen und jahrgangs-übergreifendes Lernen sowie verbesserte Möglichkeiten zur Teilstandortbildung ausloten. Ziel ist, weitere Schulschließungen zu vermeiden.
- **Längeres gemeinsames Lernen in Gemeinschaftsschulen:** Sachsens starres mehrgliedriges Schulsystem verstärkt soziale Unterschiede und gefährdet die Schulversorgung im ländlichen Raum. Wir GRÜNEN sind deswegen nicht nur vom pädagogischen und gesellschaftlichen Wert längeren gemeinsamen Lernens überzeugt, sondern haben mit der Gemeinschaftsschule ein sinnvolles Konzept zum Erhalt eines weiterführenden Schulangebots in Sachsens ländlichen Regionen. Wir wollen deswegen Gemeinschaftsschulen mit – womöglich und sinnvoll - jahrgangsübergreifendem Unterricht als Regelschulform dort ermöglichen, wo es vor Ort gewollt und sinnvoll ist – auch als Teilstandorte. Diese Möglichkeit wollen wir dauerhaft im Schulgesetz verankern und jungen Menschen auf dem Land dadurch neue Bildungsperspektiven ermöglichen.
- **Ländliche Schulen als Knotenpunkte gesellschaftlichen Lebens:** Wir wollen erreichen, dass

Räume in ländlichen Schulgebäuden nicht leer stehen, sondern neben dem regulären Schulbetrieb, abends, am Wochenende oder in den Schulferien anderweitig genutzt werden. Schulen auf dem Land sollen Orte der Kooperation von Bildung, Sport, Kultur und Handwerk werden, wo viel mehr stattfindet als der reguläre Unterricht.

- **Lehramtsausbildung für den ländlichen Raum auf sichere Füße stellen:** Die sächsische Lehramtsausbildung ist stark vom so genannten Bildungspaket 2020 abhängig, das mit dem Jahr 2020 ausläuft und für das bisher kein Ersatz vorgesehen ist. Davon betroffen sind alle sächsischen Hochschulen, am stärksten die Technische Universität Chemnitz, die vor allem Lehrerinnen und Lehrer für den ländlichen Raum ausbildet: Dort würden nach Auslaufen der Bundesfinanzierung drei von vier Stellen von mit der Lehramtsausbildung betrauten Angestellten wegfallen. Mit Blick auf den sächsischen Lehrermangel muss der Freistaat umgehend Planungssicherheit für Universitäten und Beschäftigte in der Lehramtsausbildung herstellen.
- **Prekäre Beschäftigung an Fachhochschulen beenden, Stellenabbau stoppen:** Besonders Fachhochschulen, die den ländlichen Raum prägen, haben fast keine staatlich finanzierten wissenschaftlichen Mitarbeiter. Wenn sie forschen wollen, müssen sie Drittmittel einwerben. Für Nachwuchswissenschaftler sind diese zeitlich begrenzten und befristeten Projektstellen ohne sichere Perspektive wenig attraktiv. Um einen „Brain Drain“ des ländlichen Raums in Richtung anderer Bundesländer zu unterbinden, wollen wir einen Mindestanteil unbefristeter Stellen für in Forschung und Lehre tätige wissenschaftliche Mitarbeiter schaffen und die Promotion an Fachhochschulen erleichtern. Eine ausreichende Grundfinanzierung ist für die Qualität von Forschung und Lehre, sowie die Planungssicherheit für die Hochschulen von existentieller Bedeutung. Aus diesem Grund möchten wir die Mittel, die der Freistaat durch die Übernahme der Bafög-Kosten durch den Bund jedes Jahr spart, für die Aufstockung der Finanzierung der Hochschulen nutzen.
- **Empfehlungen des Wissenschaftsrats umsetzen – Berufsakademie Sachsen stärken:** Mit ihren über das Land verteilten Standorten und ihren dualen Studiengängen, die sich stark an den Bedürfnissen der umgebenden Wirtschaft orientieren, ist die Berufsakademie ein unverzichtbarer Pfeiler der praxisnahen Bildungslandschaft im ländlichen Sachsen. Diese wichtige Funktion wird durch eine mangelhafte Finanzierung der Studienakademien konterkariert: Die Akademien können ihren Dozenten keine wettbewerbsfähige Bezahlung bieten und werden vom Freistaat bisher nicht mit Personalmitteln für die Verwaltung ausgestattet. In Einklang mit Empfehlungen des Wissenschaftsrats wollen wir GRÜNE die Berufsakademien als Bildungszentren im



ländlichen Raum stärken, unter anderem durch erhöhte Mittel für die Dozentengehälter und einen höheren Anteil an hauptamtlich lehrenden Personal von mindestens 50 Prozent.

## **10. Kulturelles Leben schafft Identität**

Ein vielfältiges Kunst- und Kulturangebot in Sachsens ländlichen Räumen ist ein entscheidendes Stück Lebensqualität für die Menschen vor Ort, aber auch ein Standortvorteil. Neben der Pflege unseres kulturellen Erbes wollen wir GRÜNE die Entwicklung neuer Initiativen und Projekte in Kunst und Kultur unterstützen und vielgestaltige Formen kultureller Teilhabe ermöglichen.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft stärkt nicht nur die Wirtschaft im ländlichen Raum sie wirkt sich gleichzeitig positiv auf die Lebensqualität aus und liefert einen wichtigen Beitrag zur Attraktivität des ländlichen Raums. Um sie besser zu fördern, braucht es eine angemessene Anerkennung in der Vergabe von Fördermitteln und eine gezielte Unterstützung bei der Vernetzung einzelner Akteure.

Das sächsische Kulturraumgesetz ist seit über 20 Jahren ein Erfolgsmodell, von dem das kulturelle Leben in den ländlichen Regionen profitiert. Gerade die ländlichen Kulturräume stehen aber vor der Herausforderung, trotz steigender Kosten kulturelle Angebote zu erhalten und sie für bürgerschaftliche Mitgestaltung zu öffnen. Dabei ist die Staatsregierung in den vergangenen Jahren daran gescheitert, die steigenden kommunalen Kulturausgaben ausreichend zu kompensieren. Dies hat zur Folge, dass immer mehr Kunst- und Kulturprojekte aus der Förderung fallen und dass sich die Vergütung von Kulturschaffenden z.B. in Orchestern und Schauspielensembles von einem fairen Niveau noch weiter entfernt.

Für uns GRÜNE ist klar: Der Freistaat muss den Kulturräumen in Form einer soliden Finanzierung besser den Rücken stärken. Gleichzeitig wollen wir das Kulturraumgesetz weiterentwickeln, um es auch in den nächsten 20 Jahren zu einem Garanten kultureller Vielfalt und regionaler Identität vom Vogtland bis zur Lausitz zu machen.

### **GRÜNE Maßnahmen**

- **Solide und verlässliche Finanzierung der Kulturräume:** Als erste Entlastung wollen wir die Landeszuweisungen für die Kulturräume im Haushalt 2017/2018 um insgesamt fünf Millionen Euro aufstocken. Künftig sollen die Zuweisungen durch eine sinnvolle Dynamisierung planvoll gestaltet werden: Alle vier Jahre sollen die Kulturräume auf Grundlage einer soliden Kulturraumstatistik ihren Finanzbedarf anzeigen, so dass der Landtag von vornherein ausreichende Mittel zur Verfügung stellen kann.
- **Weiterentwicklung und Erneuerung der Kulturräume unterstützen:** Über die Kulturraumförde-

rung wollen wir mehr Menschen zur Gestaltung ihrer kulturellen Lebenswelt aktivieren und Perspektiven für das Zusammenleben in unseren Regionen entwickeln. Wir wollen die Projektförderung erhöhen sowie Antrags- und Abrechnungsverfahren erleichtern und verzahnen. Transparenz und Bürgerbeteiligung bei der Verwirklichung neuer kultureller Angebote soll künftig selbstverständlich sein.

- **Bessere Entwicklungschancen für Kultur- und Kreativwirtschaft:** Die Kultur- und Kreativwirtschaft bietet Potenziale für Wachstum, Beschäftigung und Innovation in Sachsens ländlichen Regionen. Wir wollen unter Beteiligung aller Akteure eine Handlungsstrategie erstellen, um die sächsische Kultur- und Kreativwirtschaft als Wirtschafts- und Standortfaktor zu verankern. Dies wollen wir unter anderem durch verbesserte Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, durch die Unterstützung der Selbstorganisation der Branche in einem gemeinsamen Netzwerk, durch die Förderung und den Ausbau von Serviceangeboten, durch die Öffnung bestehender Förderprogramme und die Entwicklung spezifischer Förderinstrumente auch für Klein- und Kleinstunternehmen, z.B. in Form von Mikrokrediten, ermöglichen.

## **11. Bürgerschaftliches Engagement schafft attraktive Orte**

Das politische, kulturelle, soziale und sportliche Leben in den ländlichen Räumen ist auf aktive Menschen angewiesen, die sich in Parteien, Wählervereinigungen, freiwilligen Feuerwehren, Vereinen und nachbarschaftlichen Strukturen engagieren. Darüber hinaus kann eine lebendige Zivilgesellschaft auch zur Lösung spezifischer Probleme des ländlichen Raums grundlegend beitragen, z.B. können ehrenamtliche Strukturen Versorgungs- und Mobilitätslücken schließen, fehlende Infrastrukturen kompensieren und dabei für ein produktives Miteinander von Bürgerinnen und Bürgern einer Region sorgen – über Alters- und Herkunftsgrenzen, soziale, kulturelle und religiöse Schranken hinweg. Letztendlich geht es darum, Selbstorganisation zu ermöglichen und zu fördern.

Durch die demografische Entwicklung und die Abwanderung junger Menschen in die Städte ist die ländliche Kommune als Wiege politischer und zivilgesellschaftlicher Beteiligung bedroht: Schon jetzt ist es in kleineren Kommunen schwer, junge Bewerberinnen und Bewerber für politische Ämter und Nachwuchs für Vereine zu finden. Dieser Prozess verschärft sich durch das zunehmende Alter der Bevölkerung und trifft besonders die im ländlichen Raum traditionell schwach verankerten Parteien und Vereine – mit teils dramatischen Auswirkungen auf die demokratische Kultur im ländlichen Sachsen.

Weil aktive Menschen das wichtigste Potenzial des ländlichen Sachsen sind, haben sie jede Unterstützung für ihr Engagement verdient. Staatliches Handeln muss die Vielfalt und Unabhängigkeit bürger-

schaftlichen Engagements fördern und für bestmögliche Rahmenbedingungen sorgen: Dazu gehören Fortbildungsangebote, verlässliche Strukturen sowie eine Absicherung der mit ehrenamtlichen Tätigkeiten verbundenen Risiken.

Damit Zivilgesellschaft gelingen kann, müssen bürgerschaftliche Strukturen offen für alle Menschen ungeachtet ihres Geschlechts und ihrer Herkunft sein. Gleichzeitig ist die Freiwilligkeit der Beteiligung wichtig. Die Übernahme gesellschaftlicher Aufgaben durch Ehrenamtliche darf keine Entschuldigung für einen weiteren Rückzug des Staats aus dem ländlichen Sachsen werden.

## **GRÜNE Maßnahmen**

- **Partizipation statt Demokratieabbau:** Die im ländlichen Raum traditionell geringe Bindungskraft demokratischer Parteien, fehlende kommunalpolitische Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche und der Rückzug der Kommunen aus der Jugend- und Jugendverbandsarbeit öffnen rechtsextremen Gruppierungen Tür und Tor. Wir können die Demokratiefestigkeit der kommunalen Selbstverwaltung stärken, indem wir alle Menschen in kommunalpolitische Entscheidungen einbeziehen und Bürgerbeteiligung fördern.
- **Junge Menschen für Politik begeistern:** Wir treten für eine Herabsetzung des Wahlalters ein, denn wir wollen, dass junge Menschen früh die Möglichkeit bekommen, sich in der Politik zu engagieren und sich an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Durch ein aktives und passives (Kommunal-)Wahlrecht ab dem 16. Lebensjahr möchten wir die Verankerung der Politik im ländlichen Raum stärken und gleichzeitig das politische Interesse Jugendlicher und junger Erwachsener gezielt fördern. Die Etablierung von Jugendparlamenten, Jugendforen, Jugendräten oder Jugendsprecher\*innen mit eigenen Kompetenzen kann bereits jüngere Jugendliche an politische Partizipation heranführen und sie als verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger stärken.
- **Freiwillige Feuerwehren stärken:** Wir wollen die Freiwilligen Feuerwehren dabei unterstützen, neue Mitglieder gezielt unter Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund zu werben, die bisher stark unterrepräsentiert sind. Der Erfolg von Jugendfeuerwehren hängt maßgeblich von ihren Leitern und deren Fähigkeiten im Umgang mit Kindern und Jugendlichen ab. Diese sollten für die Belange des Nachwuchses fortgebildet oder geeignet sein und ihnen sollten aktionsorientierte Vorschläge für Lehrinhalte zur Verfügung gestellt werden. Ziel ist es, die Freiwilligen Feuerwehren wieder besser in der ländlichen Gesellschaft zu verankern und Nachwuchsproblemen auf diese Weise entgegensteuern. Dies wird

auch durch die Gewährleistung einer angemessenen finanziellen Entschädigung gefördert.

## **12. Für ein offenes, lebendiges Gemeinwesen**

Immer wieder sind sächsische Dörfer und Städte in den letzten Jahren durch Negativschlagzeilen in den Blick der Öffentlichkeit gerückt: Als Schauplätze rassistischer Agitation gegen Asylsuchende und andere Minderheiten, aufgrund von Gewalt und Terror gegen Menschen mit Migrationshintergrund und politisch Engagierte. Wir verurteilen derartige Straftaten, gegen die der demokratische Rechtsstaat mit aller Härte vorgehen muss. Der zugrundeliegenden Hetze im Internet, in der Nachbarschaft, aber auch durch Vertreterinnen und Vertreter politischer Parteien treten wir entschlossen entgegen und stellen uns mit Zivilcourage vor diejenigen, die den Schutz unserer Gesellschaft suchen und benötigen.

Wir wissen jedoch auch von einem anderen Sachsen, das weltoffen und vielfältig ist und insbesondere Asylsuchenden mit Offenheit und Hilfsbereitschaft begegnet: Das freiwillige Engagement der Bürger\*innen in Sachsens ländlichen Räumen ist heute so groß wie nie. Wir wollen die vielen Initiativen und Vereine, die für ein buntes Sachsen stehen, nach Kräften unterstützen.

### **GRÜNE Maßnahmen**

- **Zivilgesellschaft stärken:** Demokratische Bildung macht stark gegen Menschenfeindlichkeit. Vor allem Jugendliche in Sachsens ländlichen Räumen sind auf professionelle Unterstützungsstrukturen angewiesen, wenn sie erfolgreich für ein gutes demokratisches Miteinander und gegen Rassismus eintreten wollen. Wir wollen deswegen die Mittel des Programms „Weltoffenes Sachsen“ erhöhen und die Demokratieförderung in Sachsen verstetigen. Unser Ziel ist es, in Demokratieaufbau als wirksames Mittel gegen Übergriffe zu intensivieren.
- **Partizipation statt Demokratieabbau:** Die im ländlichen Raum traditionell geringe Bindungskraft demokratischer Parteien, fehlende kommunalpolitische Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche und der Rückzug der Kommunen aus der Jugend- und Jugendverbandsarbeit öffnen rechtsextremen Gruppierungen Tür und Tor. Wir können die Demokratiefestigkeit der kommunalen Selbstverwaltung stärken, indem wir alle Menschen in kommunalpolitische Entscheidungen einbeziehen und Bürgerbeteiligung fördern.
- **Vielfalt im ländlichen Raum zulassen, Minderheiten unterstützen:** Gesellschaftliche Vielfalt ist kein urbanes Privileg, denn sie macht uns überall reicher und trägt zu einem guten Zusammenleben in einer modernen Gesellschaft bei. Wir GRÜNE stehen für bunte Dörfer und Städte. Auch im ländlichen Sachsen dürfen Frauen in politischen und gesellschaftlichen Entscheidungspositionen nicht länger unterrepräsentiert sein und haben das Recht auf gleiches Geld für gleiche

Arbeit. Homo-, trans- und intersexuelle Menschen sind hier häufiger als in Großstädten mit Homo- und Transphobie konfrontiert, weswegen für sie Rückzugsräume, aber auch schulische wie außerschulische Antidiskriminierungsprogramme besonders wichtig sind.

- **Integration als Chance begreifen:** Damit Integration gelingen kann, sind Menschen mit Migrationshintergrund auf Unterstützung und Aufnahmebereitschaft der eingewanderten Bevölkerung angewiesen. Menschen in vielen sächsischen Orten haben in den letzten Monaten und Jahren bewiesen, was eine aktive Willkommenskultur, gute Partizipationsmöglichkeiten und offene Begegnungsräume bewirken können. Wir wollen diese erprobten Initiativen in ihrer Arbeit fördern und vernetzen und die Entstehung neuer Netzwerke unterstützen. Wer sich für Asylsuchende engagiert, setzt dadurch nicht nur ein Zeichen gegen Menschenfeindlichkeit und tumben Nationalismus, sondern trägt zur Integration derjenigen bei, die in unserem Land Schutz suchen.

### **13. Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit gewährleisten**

Sicherheit ist eine unverzichtbare Voraussetzung für eine offene, moderne Gesellschaft. Der Staat hat die Aufgabe, alle Menschen im Land vor Kriminalität, Gewalt und Verletzungen ihrer Rechte zu schützen. Dabei erfordern rechtsextreme Übergriffe genau wie religiös motivierter Terror Entschlossenheit. Hier halten wir eine starke Präventionsarbeit für ebenso wichtig wie gezielte und verhältnismäßige Reaktionen auf tatsächliche Straftaten. Zum Kern einer offenen Gesellschaft gehört aus unserer Sicht aber auch, dass nicht alle Menschen präventiv unter Tatverdacht gestellt werden. Die Schaffung vermeintlicher Sicherheit durch den Abbau von Bürger- und Freiheitsrechten lehnen wir ab.

In den letzten Jahren hat die sächsische Staatsregierung in der Fläche Polizeipräsenz abgebaut und Reviere geschlossen. Diese Strukturreform folgte der irrigen Annahme, Video- und Internetüberwachung würden für mehr Sicherheit und ein verbessertes Sicherheitsgefühl bei Sachsens Bürger\*innen sorgen. Das Gegenteil ist der Fall: Wer Polizeipräsenz wegrationalisiert, untergräbt das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit und Durchsetzungskraft des Rechtsstaates. Davon profitieren nicht nur Kriminelle, sondern auch diejenigen, die diesen liberalen und demokratischen Staat von rechts attackieren und als schwach und unsicher brandmarken wollen. So leidet unter unverhältnismäßigem Polizeiabbau die demokratische Kultur, und den Schaden haben die von Kriminalität betroffenen Bürger\*innen – unter ihnen auch die Opfer menschenfeindlicher Verbalattacken und rassistischer Übergriffe in Sachsens ländlichen Räumen.

Sachsen braucht eine starke Präventionsarbeit, die jeder Form der Menschenfeindlichkeit von Anfang an das Wasser abgräbt, und eine gut ausgebildete Polizei, die bei Bedarf rasch zur Stelle ist – ohne Ab-

striche in den ländlichen Regionen.

## **GRÜNE Maßnahmen**

- **Flächendeckende Präsenz und gute Ausbildung der sächsischen Polizei sicherstellen:** Wir wollen die Fehler der Polizeistrukturereform korrigieren und dem Kahlschlag in der Fläche gegensteuern. Dazu wollen wir einen Einstellungskorridor von mindestens 800 Neuzugängen pro Jahr und konkrete Anstellungen, um Polizeibedienstete länger im Dienst zu halten. Wir wollen verbindliche Interventionszeiten definieren, die ähnlich der Hilfsfrist für Rettungsdienste und Feuerwehren den Bürger\*innen ein sicheres und planbares Eintreffen der Polizei vor Ort garantieren und damit zur Stärkung der Sicherheit und des Sicherheitsempfindens beitragen.
- **Menschenfeindlichkeit vorbeugen und entgegenreten:** Wir setzen uns konsequent gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ein und verfolgen rechtsextremistische Hetze und Gewalt mit aller Härte des Rechtsstaates, denn Hass ist keine Meinung und Volksverhetzung kein Kavaliersdelikt. Neben einer Erhöhung der Präventionsmittel im Landesprogramm Weltoffenes Sachsen und einer flächig präsenten Polizei braucht es Schulungen, um menschenfeindliche Gewalt als solche zu erkennen, und eine gesonderte Erfassung von Übergriffen gegen Minderheiten in der polizeilichen Kriminalstatistik.
- **Crystal in Sachsen konsequent bekämpfen:** Angesichts der steigenden Zahl von Suchterkrankungen und Todesfällen im Zusammenhang mit der gefährlichen Droge Crystal muss der Freistaat neue Wege bei deren Bekämpfung gehen. Weil die wirksamste und beste Hilfe gegen Drogen stets Prävention ist, braucht Sachsen mehr präventive Angebote für Familien und frühzeitige Prävention bereits im Vorschul- und Grundschulalter. Der im Mai 2014 verabschiedete ressortübergreifende 10-Punkte-Plan zur Bekämpfung der Droge muss konsequent umgesetzt werden und braucht eine finanzielle Absicherung über das Jahr 2016 hinaus. Unsere Polizeikräfte, aber auch die Familien- und Jugendhilfe wollen wir in ihrer Arbeit stärken, damit Sachsen, das derzeitige Crystal-Land Nr. 1, als erstes Bundesland von der verhängnisvollen Droge wekommt.

## **14. Starke Regionen brauchen starke Kommunen**

Sachsens Städte und Regionen entwickeln sich demografisch unterschiedlich. Während die kreisfreien Städte Bevölkerungszuwachs und einen Aufwuchs an Steuerkraft zu verzeichnen haben, gehen die Gewerbesteuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen in vielen ländlichen Regionen zurück oder stagnieren. Deshalb wollen wir das Gewerbesteueraufkommen auf eine breitere Basis stellen und da-

durch steigern. Zugleich müssen die Großstädte mit dem schnellen Bevölkerungswachstum und den hieraus entstehenden Konflikten umgehen (Wohnungsbau, Kindertagesstätten, Schulhausbau, Knappheit an innerstädtischen Erholungsräumen, Mobilität). Die ländlichen Regionen müssen hingegen oft für Jahrzehnte vorgehaltene Strukturen auf eine sinkende Bevölkerungszahl anpassen (leitungsgelbundene Infrastruktur, ÖPNV, hohe Soziallasten insbesondere im SGB II und Jugendhilfebereich, Leerstand).

Auf beide Herausforderungen braucht es finanzielle Antworten. Der Bedarf ist dabei jeweils ein anderer. Wir wollen ein Finanzausgleichsmodell, das in der Lage ist, mit diesen Bedarfen umzugehen. Das jetzige wird weder dem Bedarf in den Großstädten noch dem Bedarf in den ländlichen Regionen gerecht. Der sächsische Haushalt zeigt das sehr deutlich auf. An einigen Stellen fehlt es an Geld für Kita- und Schulhausbau; an anderen, um mit den hohen Soziallasten umgehen, ein gutes ÖPNV-Angebot oder sinnvolle Infrastrukturen ausbauen bzw. erhalten zu können.

Diese Entwicklung muss sich in der Gestaltung des kommunalen Finanzausgleichs widerspiegeln. Das sächsische Finanzausgleichsgesetz ist jedoch von den CDU-geführten Regierungen seit 25 Jahren nicht grundlegend reformiert worden. Es wird von Haushalt zu Haushalt herumgedoktert, ohne den wichtigen Schritt zu einer Überarbeitung, wie sie bereits in anderen Bundesländern stattgefunden hat, zu gehen. Aus diesen Versäumnissen sind dem sächsischen kommunalen Finanzausgleich gravierende strukturelle Schwächen erwachsen, mit dramatischen Folgen.

Wir GRÜNE wollen eine solidarische, gerechte Gestaltung des kommunalen Finanzausgleichs, damit die sächsischen Kommunen in Stadt und Land Handlungsspielräume haben. Wir sind der Überzeugung, dass die Städte, Gemeinden und Landkreise am besten wissen, wo Mittel am sinnvollsten eingesetzt werden müssen. Eine auskömmliche Finanzierung auf dieser Grundlage bedeutet auch, da, wo es möglich ist, weg von zweckgebundenen Förderinstrumenten und Zuschüssen hin zu einer verbesserten Grundausstattung zu kommen. Wir wollen sicherstellen, dass vor Ort die zahlreichen freiwilligen Leistungen erbracht werden können. Dafür braucht es strukturelle Veränderungen im Finanzausgleich. Wir wollen die Handlungsfähigkeit der sächsischen Landkreise und der Großstädte gleichermaßen langfristig sichern.

Wir wollen Kommunen, die sich dem interkommunalen Wettbewerb stellen und nicht ständig nach Hilfe „von oben“ rufen (müssen). Das schließt kommunale Zusammenarbeit und Solidarität nicht aus - schließlich soll der interkommunale Wettbewerb konstruktiv und nicht ruinös sein. Der gemeinsame Betrieb öffentlicher Einrichtungen, um sie weiter dezentral vorzuhalten, kann ein Erfolgsmodell sein.

## GRÜNE Maßnahmen

- **Festschreibung einer Mindestfinanzkraft für ländliche Kommunen:** In Hessen wird allen Städten und Gemeinden eine Mindestfinanzkraft garantiert. D.h., sollte aus eigener Kraft eine Finanzkraft von X nicht erreicht werden können, gleicht das Land aus. Damit wird sichergestellt, dass die Pflichtaufgaben erfüllbar sind und freiwillige Leistungen weiterhin möglich bleiben.
- **Umstellung des Verteilmechanismus vom Gleichmäßigkeitsgrundsatz auf Bedarfsorientierung:** allen Städten und Gemeinden wird eine Mindestfinanzkraft sichergestellt. Zu dieser Mindestfinanzkraft kommen dann Zuweisungen nach den Bedarfen der Kommunen – diese werden, wie beschrieben, in Stadt und Land unterschiedlich sein, aber sie werden beide bedient – und darauf kommt es an. Als Vorbild kann der Finanzausgleich in Rheinland-Pfalz und Hessen gelten.
- **Soziale Indikatoren beim kommunalen Finanzausgleich berücksichtigen (Strukturlastenausgleich einführen):** Die Haushalte aller sächsischen Landkreise sind stark durch Sozialausgaben belastet, die im Schnitt die Hälfte der Etats ausmachen. Wir wollen, dass dieser Faktor berücksichtigt wird bei der Berechnung der Zuweisungen. Hinzu kommt bei den ländlichen Regionen die leitungsggebundene Infrastruktur in der Fläche. Ähnlich wie jetzt beim Straßenlastenausgleich könnte ein Strukturlastenausgleich für diese Flächenkosten eingeführt werden.
- **Nachdenken über die Einführung eines ökologischen Finanzausgleichs:** ländliche Regionen erbringen Erholungs- sowie Ökosystemleistungen. In Flächen, die als Schutzgebiete ausgewiesen sind, ist wirtschaftliches Handeln nicht mehr möglich; Einnahmen über die Gewerbesteuer entfallen in solchen Gebieten. Wir GRÜNE wollen das mittels eines ökologischen Finanzausgleichs ausgleichen – Zuweisungen für Schutzgebiete und deren Neuausweisung als Anreizinstrument für Naturschutzbemühungen.

### 15. Leistungsfähige, bürgernahe Verwaltung erhalten

Obwohl die Bevölkerung Sachsens ländlicher Regionen seit der Wende abnimmt, sind nirgends im Freistaat entvölkerte Regionen entstanden, und die Fallzahl der von den Behörden zu erledigenden Aufgaben geht in fast keinem Bereich in gleichem Maße wie die Einwohnerzahl zurück. Deswegen braucht der ländliche Raum auch weiterhin leistungsfähige und bürgernahe Behörden und Ämter, die in ihrer räumlichen Verteilung, der Erreichbarkeit, den Öffnungszeiten und dem Serviceangebot an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientiert sind.

Seit der Wiedervereinigung hat sich die Anzahl der sächsischen Landkreise im Zuge mehrerer Kreisreformen von 48 auf 10 reduziert, und Fusionen oder Eingemeindungen haben die Zahl der Gemeinden



um etwa 75 Prozent verringert. Mit den Gebietsreformen ging vielerorts ein Rückzug von Behörden und Ämtern aus der Fläche einher. Die Folgen für die Bürgerinnen und Bürger sind nicht nur eine in jeder Hinsicht fehlende Bürgernähe der Verwaltung – so mancher Behördengang wird allein durch die Anfahrt zur tagfüllenden Beschäftigung – sondern auch die mit der räumlichen Distanz abnehmenden Identifikation und Möglichkeiten demokratischer Teilhabe.

Eine Vielzahl der Entscheidungen lässt sich ohne hohen Aufwand nicht mehr rückgängig machen. Wir wollen aber in Zukunft bei künftigen Strukturentscheidungen ein Umdenken hin zu einer Verwaltung, die zuerst an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet ist und auch neue Wege beschreitet – beispielsweise bei der Kooperation zwischen Stadt und Land, zwischen Freistaat und Kommunen, aber auch durch die Vereinfachung von Behördengängen und Behördenkommunikation durch E-Government.

### **GRÜNE Maßnahmen**

- **Bürgernähe durch Standortwahl und Dialog mit den Menschen vor Ort:** Wir wollen eine Verwaltung, die auch unter veränderten demografischen Bedingungen für die Menschen vor Ort erreichbar ist. Standort- und Strukturentscheidungen müssen zuvorderst an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet werden: Entscheidend sind die Nähe zu Wohnort, arbeitnehmerfreundliche Sprechzeiten sowie eine gute Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr, aber auch angemessene Bearbeitungszeiten. Um eine möglichst gute behördliche Präsenz und Erreichbarkeit sowie ein hohes Serviceniveau zu erreichen, ist der Dialog mit den Menschen vor Ort voranstehenden Strukturentscheidungen ebenso unerlässlich wie regelmäßig eingeholtes Feedback.
- **Bürgernähe und Behördenentlastung durch E-Verwaltung:** Die Digitalisierung eröffnet neue Kommunikationswege und ermöglicht Arbeitsabläufe, von der sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Behörden profitieren können. Wir setzen uns für klug umgesetztes E-Government ein: Dazu gehören übersichtliche Online-Informationen zu Behördenstruktur, Ansprechpartnern, Öffnungszeiten und Anfahrtswegen, aber auch zu Verfahren und Fristen. Ebenso wichtig ist die Möglichkeit, Formulare herunter zu laden, Anträge und Widersprüche online zu erledigen und mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern rechtsverbindlich und sicher online zu kommunizieren. Gleichzeitig wollen wir, dass die Menschen bei der Behördenkommunikation Wahlfreiheit haben und dass niemand mangels entsprechender Möglichkeiten ausgeschlossen wird. Die Möglichkeit zum klassischen Behördengang und zur Kommunikation in Papierform muss daher gesichert bleiben.